

Braunkohlentag 2016

19. Mai 2016, Potsdam

Es gilt das gesprochene Wort

Perspektiven der deutschen Braunkohlenindustrie 2016

Dipl.-Ing. Matthias Hartung

Vorsitzender des Vorstandes des DEBRIV

Sperrfrist: 19. Mai 2016, 18.00 Uhr

Text auch im Internet unter

www.braunkohle.de

unter Der DEBRIV/Der Braunkohlentag/Braunkohlentag 2016

Perspektiven der deutschen Braunkohlenindustrie 2016

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Gäste,

herzlich willkommen auf dem Braunkohlentag 2016 in Potsdam.

In der Landeshauptstadt von Brandenburg, vor den Toren der Bundeshauptstadt.

Potsdam und Berlin kann man durchaus als zwei Pole einordnen, die unseren Industriezweig sehr beschäftigen.

Am 25. April 2015 waren viele von uns unter den gut 15.000 Menschen, die vor dem Bundeswirtschaftsministerium und dem Kanzleramt für eine gute Zukunft der Braunkohle und Verlässlichkeit demonstriert haben.

Damals standen wir mitten in einer existenziellen Auseinandersetzung.

Das Ergebnis war ein politischer Kompromiss, die Sicherheitsbereitschaft.

Betroffen sind 2,7 GW oder rd. 15 % der verfügbaren Braunkohlenkapazitäten, die schrittweise stillgelegt werden.

Das ist ein sehr schmerzhafter Einschnitt, der Arbeitsplätze kostet und die Regionen wirtschaftlich schwächt.

Dieser Einschnitt war zu akzeptieren, um einen Kahlschlag abwehren zu können.

Die Reviere, die Belegschaft, die Unternehmen haben das nur gemeinschaftlich schaffen können.

Zunächst, weil mit der IG BCE und insbesondere in der Landespolitik starke und verlässliche Partner auf Seite der Braunkohle stehen.

Auch VERDI und die Wirtschaftspolitiker in der großen Koalition haben uns stark unterstützt.

Danken möchte ich auch den Kollegen aus Mitteldeutschland und der Lausitz, die heute vor dem Saal demonstriert haben.

Es ist verquer, wenn man interne Veranstaltungen wie den Braunkohlentag so intensiv schützen muss, um nicht von bezahlten Berufsdemonstranten gestört zu werden.

Die bezahlten Aktivisten von Greenpeace repräsentieren nicht die Mehrheit der Bürger, sondern sind die Angestellten eines global agierenden Medienunternehmens, das eine eigene Agenda verfolgt.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Dr. Woidke, ich danke Ihnen sehr herzlich für Ihre Unterstützung.

Seit der Ankündigung von Vattenfall, die deutschen Braunkohlenaktivitäten zu verkaufen, gab es viele Spekulationen, was nun geschehen würde und wie es weitergehen wird.

Am 18. April 2016 wurde bekannt, dass die tschechische EPH-Gruppe zusammen mit einem Finanzinvestor die Braunkohlentagebaue und –kraftwerke übernimmt.

EPH ist bereits Eigentümer von MIBRAG und darüber hinaus breit im europäischen Gas- und Strombereich aktiv.

Eine alte Börsenweisheit sagt, kaufe, wenn die Kanonen donnern.

Das Geschäftsmodell der Braunkohle basiert auf sehr guten Lagerstätten, einer hocheffizienten Tagebau- und Kraftwerkstechnik.

Die ökonomische und technische Basis ist solide, wenngleich die Marktverhältnisse im Augenblick sehr schwierig sind.

Daher freut mich die Entscheidungskraft unserer tschechischen Partner.

Ich bin guter Hoffnung, dass wir den momentan überschäumenden Pessimismus wieder eingrenzen können.

Gemeinsam arbeiten wir daran, die politischen Rahmenbedingungen so zu klären, dass die heimische Braunkohle in den angestrebten Umbau der deutschen Stromversorgung integriert bleibt.

Regional und in der Landespolitik besteht großes Verständnis und wir erhalten Unterstützung.

Braunkohle ist als Arbeitgeber geschätzt, als Wirtschaftsfaktor anerkannt.

Regional bestehen langjährige und gute Erfahrungen, dass die Fragen rund um Tagebaue und Kraftwerke in einem fairen Interessenausgleich gelöst werden.

Dafür bin ich dankbar und gleichermaßen selbstbewusst darf ich feststellen:

Die Braunkohlenindustrie ist gut verankert in den Revieren, in Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen.

Auch die Verantwortlichen im Bund und in Europa kennen den hohen volkswirtschaftlichen Nutzen der heimischen Braunkohle durchaus.

Die Debatte in Berlin und Brüssel allerdings ist vielschichtiger, leider häufig theoretisch und fallweise durch Ideologie geprägt.

Wir plädieren deswegen immer wieder dafür, dass man die durch die Energie- und Strukturpolitik der Braunkohlenländer vorgeprägten Entwicklungslinien in den Braunkohlenrevieren respektiert und bei den politischen Entscheidungsprozessen berücksichtigt.

Das verlangt von den Entscheidungsträgern, sich gegen einen vordergründigen Mainstream zu stellen und führt mich zur Frage:

Warum ist die politische Lage rund um die Braunkohle und die gesellschaftliche Diskussion über unseren Industriezweig so strittig?

Warum nimmt die Aggression so stark zu?

Nach meiner Einschätzung sind hierfür folgende Gründe maßgeblich.

Die grüne Bewegung hat eine ihrer Wurzeln in der Auseinandersetzung um die zivile Nutzung der Kernkraft.

Nachdem der Kernenergieausstieg in Deutschland beschlossen ist, verliert dies über viele Jahrzehnte nutzbare Feindbild an Strahlkraft.

Kohle wird zunehmend für eine vordergründige Polarisierung genutzt.

Zur Inszenierung gehören die „Good Boys“ und die „Bad Boys“; die Bilder in schwarz und weiß.

Schlagworte wie „Tod aus dem Schlot“, Klimakiller, „Verwüstung durch Tagebau“ etc. sollen Themen setzen.

Es geht vielfach nicht mehr um einen Meinungs austausch.

Versucht wird, die Braunkohle zu stigmatisieren und Feindbilder aufzubauen.

Wir sind uns selbstverständlich im Klaren darüber, dass die Vorstellungen, wie die Zukunft aussehen kann oder sollte, in unserem Land weit auseinander liegen.

Das kann in einer pluralistischen Gesellschaft auch gar nicht anders sein.

Der Kitt allerdings, der alles zusammenhält, ist der Respekt und die Toleranz für unterschiedliche Meinungen sowie die Ablehnung von Rechtsbruch und Gewalt.

Im Rheinland, zwischenzeitlich auch in der Lausitz, haben sich hochaggressive Gruppen von Störern etabliert, die beständig aktiv sind.

Über das Pfingstwochenende war eine weitere Eskalationsstufe in der Lausitz zu beobachten.

Es gehört heute zum Standardrepertoire der Braunkohlengegner, dass man von Meinungsfreiheit spricht und dann gleichzeitig bewusst die rote Linie zur Gewalt massiv überschreitet.

Maßlose Aggressivität wird von vorgeblich friedlichem Protest ummantelt und auf diese Weise begünstigt.

Das ist ein Teil der medialen Inszenierung, die offensichtlich immer krassere Bilder liefern soll.

Die blinde Zerstörungswut von hauptberuflichen Rechtsbrechern gegenüber Sachen, aber zunehmend auch gegenüber Menschen ist unbegreiflich.

Es ist an der Zeit zu deeskalieren und zu einer sachbezogenen Auseinandersetzung zurückzukehren.

Deeskalation heißt aber auch verbale Abrüstung und ein angemessener Umgang miteinander und eben nicht Diffamierung.

Die Angriffe und Attacken stellen unsere Mitarbeiter, die Ordnungskräfte und insgesamt den Rechtsstaat auf eine harte Probe.

Es ist sehr zu begrüßen, dass die Ordnungsbehörden und die Gerichtsbarkeit Rechtsverletzungen zunehmend aufarbeiten.

Das ist ein schwieriges Unterfangen.

Es erfordert viel Zeit, systematische Arbeit und einen enormen persönlichen Einsatz, insbesondere der Polizei und der den Unternehmen zugehörigen Mitarbeitern speziell aus dem Bereich Sicherheit.

Allen, die sich mit dieser Auseinandersetzung befassen müssen, ein herzlicher Dank von dieser Stelle aus.

Ich wünsche uns sehr, dass es gelingt, diese Exzesse zu beenden und eine Deeskalation zu erreichen.

In dieses Schwarz-Weiß-Gemälde gehört die Flut von pseudowissenschaftlichen Kohlenausstiegsplänen.

Aktuelle Beispiele dafür sind die staatstragend eingebrachte Kohle-Ausstiegs-Studie von Agora oder die Diskussion im Rahmen der Erarbeitung des Klimaschutzplans 2050.

In unverantwortlicher Art und Weise werden kurz- und mittelfristige Fragen mit langfristigen Erwartungen oder Zielen verknüpft und in einen künstlichen Gegensatz gebracht.

Kohlengegner fordern, die Nutzung der Stein- und Braunkohle in Deutschland müsse in den nächsten 10 oder 20 Jahren eingestellt werden.

Treten wir einen Schritt zurück.

Die Transformation des deutschen Stromsystems ist ein auf viele Jahrzehnte angelegter Prozess.

Dabei sind viele Zwischenstände zu bewältigen.

Das Ziel ist, die Stromversorgung jederzeit sicher, wirtschaftlich und zunehmend CO₂-arm zu gestalten.

Mit den Vorgaben zum Ausbau der erneuerbaren Energien und der Entscheidung, die Kernenergienutzung einzustellen, ergibt sich mengenmäßig eine Stromlücke.

Die Stromlücke wird in 2025 bei 55 bis 60 % des Strombedarfs und im Jahr 2035 bei 40 bis 45 % des Strombedarfs liegen.

Daraus leitet sich die Begründung für die Stromerzeugung aus Stein- und Braunkohle sowie Erdgas ab.

Es besteht allerdings nicht nur eine mengenmäßige Stromlücke, sondern es geht gleichermaßen um die Frage, wie eine sichere Stromversorgung gewährleistet werden kann.

Wind und Sonne können nur einen sehr geringen Beitrag zu einer sicheren Versorgung leisten.

Dieser Beitrag zur gesicherten Versorgung liegt nach den tatsächlich gemessenen Werten bei weniger als 1 % der installierten Leistung aller Wind- und PV-Anlagen zusammen.

Solange keine großtechnischen und wirtschaftlichen Verfahren zur Stromerzeugung verfügbar sind, die in der Lage wären, die Stromversorgung über viele Wochen zu gewährleisten, sind zwei Systeme für die Stromerzeugung in Deutschland erforderlich.

Einerseits ein System aus jederzeit sicher verfügbaren Kraftwerken, die andererseits erst die Aufnahme der unsicheren Einspeisung von Wind und Photovoltaik ermöglichen.

Der Erfolg der Energiewende liegt nicht darin immer schneller immer mehr kWh aus erneuerbaren Energien ins Netz zu bringen.

Der Erfolg der Energiewende wird darin liegen, dass die drei Ziele, nämlich die sichere, wirtschaftliche und zunehmend CO₂-arme Stromversorgung, gleichermaßen erreicht werden.

Wenn man das Zieledreieck als Maßstab heranzieht, dann bewegt sich die Kohlenverstromung in Deutschland in einem Korridor, der umfassend mit den energiepolitischen Zielen kompatibel ist.

Insofern ist es wichtig, über den Beitrag der Kohle zur Transformation der deutschen Stromversorgung zu sprechen.

Hierzu hat DEBRIV umfangreiche Analysen und Materialien vorgelegt, die wir in die politische Debatte eingebracht haben.

Das deutsche Stromsystem war in der Vergangenheit durch die Formel Kernenergie und Kohle bestimmt.

Die strategischen Vorgaben heute lauten Kernenergieausstieg und Ausbau der erneuerbaren Energien.

Die Kohlenpolitik hat sich gewandelt.

Deutsche Steinkohle steht ab 2018 nicht mehr zur Verfügung.

Damit wird ein Kapitel deutscher Industriegeschichte abgeschlossen.

Braunkohle aus der Lausitz, Mitteldeutschland und dem Rheinland ist heute die heimische Kohle, die Sicherheit gewährleistet und regionalwirtschaftlich unersetzbar ist.

Die Kohlenverstromung ist bedeutsam.

Über die Zeit hat und wird es Veränderungen geben.

Im Jahr 1990 betrug der Bruttostromverbrauch in Deutschland rd. 550 TWh.

Auf die Kohle entfielen 312 TWh, auf die Kernenergie 152 TWh.

Zusammen waren das rd. 85 %.

Im Jahr 2015 wurden 273 TWh Kohlenstrom erzeugt und rd. 92 TWh Kernkraft waren noch im System (zusammen rd. 56 %).

Die Kohlenstromerzeugung ging bezogen auf 1990 um gut 20 % zurück.

Gleichzeitig läuft der Ausstieg aus der Kernenergie, der erst zu 2/5 umgesetzt ist.

Es ist unsinnig, weil nicht leistbar, den gleichzeitigen Ausstieg aus Kernkraft und Kohle zu fordern.

Wie ist nun die Perspektive für die längere Frist.

Ich möchte zwei Zeitpunkte betrachten, nämlich 2025 und 2035.

In 2025 werden die Braunkohlenkapazitäten durch die Sicherheitsbereitschaft um zumindest 15 % tiefer liegen als heute.

Die Stromerzeugung wird sinken und eine Größenordnung von 140 TWh erreichen (2015 – 155 TWh; 1990 – 171 TWh).

Nun der Ausblick auf das Jahr 2035.

Von DEBRIV werden die Braunkohlenkapazitäten in einer Größenordnung von 14,8 bis 15,8 GW eingeschätzt, weil ein Kapazitätsabbau in Weisweiler und Jänschwalde um 2030 absehbar ist.

Für die Braunkohle bedeutet das eine planmäßige Entwicklung, aber auch eine Anpassung an sich ändernde Randbedingungen.

Die Bundesnetzagentur erwartet einen sehr deutlichen Rückgang der Steinkohlenkapazitäten von heute rd. 26 GW auf 11 GW im Jahr 2035.

Betrachtet man die Kohlenkapazitäten zusammen, d. h. Stein- und Braunkohle, dann werden sie von 47 GW heute auf etwa 25 GW in 2035 sinken.

Kohlen- und Erdgaskraftwerke werden bei planmäßiger Entwicklung der Braunkohle 2035 zusammen rd. 65 GW Leistung aufweisen.

Die Höchstlast wird auf größer 80 GW eingeschätzt.

Das sind die Erwartungen der Netzagentur.

Jederzeit sicher verfügbare Kapazität wird also knapper.

Es besteht eine Stromlücke jenseits der erneuerbaren Energien, die 2035 noch bis zu 250 TWh im Jahr betragen kann.

Braunkohle wird weiter gebraucht.

Liebe was du hast, sagt der Franzose, dann bist du glücklich.

Leider beherzigen hierzulande nur wenige diese Lebensweisheit.

Man fragt: „Wie steht es um das CO₂?“

Die von DEBRIV vorgelegten Einschätzungen zeigen, dass die Kohlenverstromung, ausgehend vom Jahr 1990, in einer Größenordnung von gut 50 % bis zum Jahr 2035 zurückgehen wird (Abschätzung - 47 bis - 55 % je nach Auslastung).

Die mit der Kohlenverstromung einhergehenden CO₂-Emissionen werden noch stärker sinken, weil die Effizienz des Kraftwerksparks deutlich gestiegen ist.

DEBRIV schätzt, dass die CO₂-Emissionen aus der Kohlenverstromung bis 2035 um 55 bis 63 % zurückgehen, je nachdem welche Auslastung man für die Kohlenkraftwerke annimmt (Das Ziel der Bundesregierung liegt für 2035 rechnerisch bei 62,5 %).

Die immer wieder vorgetragene Behauptung, die Braunkohlenutzung steht im Widerspruch zu der Erreichung der CO₂-Minderungsziele in 2030 und auch 2050 ist schlichtweg falsch.

Falsch ist auch die Aussage, Kohle blockiere einen notwendigen Strukturwandel.

Wir brauchen auch daher keine runden Tische zum Kohleausstieg, die sollen nur davon ablenken, dass andere Sektoren hinter anspruchsvollen CO₂-Zielen deutlich zurückliegen.

Die großen Defizite bei der CO₂-Minderung liegen in den Bereichen Verkehr und Wärme.

Die Kohle ist also nicht der Monolith, der den Weg zum Energieparadies blockiert.

Kohle ist für die Klimapolitik kein vorrangiges Handlungsfeld.

Die Entwicklung der Kohle und der Braunkohle erfolgt allerdings in Stufen, die man sicher begehen kann, um die angestrebten Ziele zu erreichen.

Der Umbau der deutschen Stromversorgung befindet sich in einer sehr schwierigen Phase.

Nicht weil es die Braunkohle gibt, sondern weil die Entwicklung auf wichtigen Handlungsfeldern aus dem Ruder gelaufen ist.

Ein Indikator sind die Letztverbraucherausgaben für Elektrizität.

Interessant ist die Tendenz der letzten fünf Jahre.

Die Letztverbraucherausgaben stiegen insgesamt von 60,9 auf 70,3 Mrd. €. (2010 bis 2014)

Den stärksten Anstieg gab es bei den staatlich induzierten Elementen – Steuern, Abgaben, EEG- und andere Umlagen –, nämlich von 17,2 auf 32,3 Mrd. € (+ 87 %).

Die staatlich regulierten Elemente, im Wesentlichen Netzentgelte, stiegen von 16,4 auf 21,4 Mrd. € (+ 30 %).

Die marktgetriebenen Elemente, im Wesentlichen die Erlöse aus Erzeugung und Vertrieb, sanken von 23,3 Mrd. € in 2010 auf 12,6 Mrd. € im 2014.

Das ist annähernd eine Halbierung und ist komplementär zu den dramatisch gefallen Strompreisen.

Das Ergebnis von Politik und Regulierung in den vergangenen fünf Jahren sind also

- ausufernde Kosten für erneuerbare Energien und deren Integration in das Stromsystem einerseits,
- andererseits eine existenzielle Krise bei der traditionellen Erzeugung.

Selbst das absolut kosteneffiziente System Braunkohle kann Vollkosten nicht mehr erlösen.

Der Transformationsprozess ist und bleibt eine integrierte Aufgabenstellung.

Die Schlussfolgerungen daraus allerdings sind bei Weitem noch unzureichend.

Erforderlich sind eine Systembetrachtung und ein vernünftiges, planvolles Vorgehen.

An dieser Stelle geht es dann auch um die Rolle der Braunkohle heute, morgen und übermorgen.

Verlässlichkeit ist erforderlich.

Gerade die heimische Braunkohle ist ein wichtiges Element der Stabilität des deutschen Stromsystems.

Neben den bekannten Attributen sichere Verfügbarkeit, Wirtschaftlichkeit und regionale Bedeutung wurde Flexibilität zu einem neuen Markenzeichen unserer Industrie.

So wie die Dinge liegen, kann der vorgesehene Umbau der Energieversorgung in Deutschland nur mit der Kohle und mit der Braunkohle gelingen.

Insofern ist es wichtig, über den Beitrag der Kohle zum Gelingen zu sprechen.

Das ist traditionell ein Schwerpunkt unserer gemeinsamen Arbeit.

Nicht zuletzt deswegen treffen wir uns auf einem Braunkohlentag.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.